



HESSISCHER LANDTAG

17. 03. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD

HPV-Prävention in Hessen – Stärkung und Nutzung bestehender Strukturen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die HPV-Impfung eine wissenschaftlich fundierte und wirksame Maßnahme zur Prävention bestimmter Krebserkrankungen darstellt. Die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) für Mädchen und Jungen im Alter von neun bis 14 Jahren bilden dabei die medizinische Grundlage.
2. Der Landtag erkennt an, dass Hessen bereits eine solide Basis für Aufklärung und Prävention im Bereich der HPV-Impfung geschaffen hat. Angestoßen durch niedrige HPV-Impfquoten in Hessen wurde die Integrierte Landesimpfstrategie (ILIS) ins Leben gerufen. Im Rahmen der ILIS setzt sich die Hessische Landesregierung für eine nachhaltige Erhöhung der Impfquoten aller von der STIKO empfohlenen Impfungen, inklusive der HPV-Impfung, in Hessen ein und vernetzt sich national, beispielsweise durch die Teilnahme an der Nationalen Lenkungsgruppe Impfen (NaLI). Die ILIS umfasst Maßnahmen wie Impfbuchkontrollen, öffentliche Kampagnen und Fortbildungen.
3. Der Hessische Landtag begrüßt ausdrücklich die etablierten Informationskampagnen zur gezielten Aufklärung, wie etwa die Wanderausstellung „HPV hat viele Gesichter“ des Deutschen Krebsforschungszentrum, die im Rahmen der Nationalen Krebspräventionswoche im Jahr 2025 durch Hessen tourte oder auch das umfassende Aufklärungs- und Informationsangebot des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit (BIOG). Das HPV-Wartezimmerplakat des BIOG richtet sich beispielsweise gezielt an Jugendliche und sensibilisiert als Aushang für das Thema HPV-Impfung in allgemeinmedizinischen Praxen. Weiterhin werden seitens der Hessischen Landesregierung an Aktionstagen, z. B. dem Weltkrebstag, dem HPV-Awareness-Tag und der nationalen Krebspräventionswoche, Impfinformationen bzw. -erinnerungen für die Öffentlichkeit bereitgestellt.
4. Der Landtag stellt fest, dass Impfberatung und -durchführung bereits zuverlässig durch Kinder-, Jugend- und Hausärztinnen und -ärzte oder Gynäkologinnen und Gynäkologen im Rahmen der Regelversorgung erfolgen. Daneben hält die Internetseite impfen.hessen.de Informationen zu verschiedenen Impfungen, auch der HPV-Impfung, bereit und legt die aktuellen altersgruppenspezifischen Impfeempfehlungen der STIKO dar. Der Landtag hebt positiv hervor, dass an den weiterführenden Schulen in Hessen die umfangreichen Lernmaterialien „WISSEN SCHÜTZT“ für den Einsatz in der Sekundarstufe I zu Verfügung stehen, um Kindern und Jugendlichen ein umfangreiches Grundwissen in den Bereichen Infektionskrankheiten, Immunsystem und Impfschutz zu vermitteln.
5. Der Landtag würdigt die Initiative der Landesregierung, durch evidenzbasierte Informationen, die Kooperation mit Gesundheitsakteuren und die Förderung bestehender Präventionsangebote einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz vor HPV-bedingten Krebserkrankungen zu leisten und gleichzeitig die Gesundheitskompetenz junger Menschen in Hessen zu stärken. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag die Zusammenarbeit des Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege mit der Landesärztekammer Hessen zur Steigerung der Impf- bzw. Versorgungsrate durch gezielte Fortbildungsangebote für medizinisches Personal. Dies trägt dazu bei, Prävention, Versorgungsqualität und Patientensicherheit nachhaltig zu stärken.

6. Der Hessische Landtag befürwortet, dass durch die Novellierung des Hessischen Kindergesundheitschutz-Gesetz alle in Hessen wohnhaften Jugendlichen ein Einladungsschreiben für die Jugendgesundheitsuntersuchung J1 erhalten. Die J1 ist eine kostenlose und freiwillige Vorsorgeuntersuchung für Jugendliche im Alter von zwölf bis 14 Jahren und beinhaltet eine umfassende körperliche Untersuchung (Größe, Gewicht, Blutdruck, Organe, Wirbelsäule, Pubertätsentwicklung), eine Impfpasskontrolle und ein vertrauliches Beratungsgespräch. Hierzu gehört u. a. auch die Beratung zur HPV-Impfung für Mädchen und Jungen, so dass jede und jeder im Rahmen der J1-Untersuchung umfassend über mögliche Folgen von HPV-Infektionen aufgeklärt wird. Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung werden dabei strikt beachtet.
7. Der Landtag erklärt, dass Hessen bereits ein Pilotprojekt in Schulen unter dem Titel „Freiwillige HPV-Schulimpfung“ im Landkreis Bergstraße durchgeführt und dadurch gemeinsam mit dem Robert-Koch-Institut einen wichtigen Beitrag zur Bewertung von Schulimpfprojekten geleistet hat. Dies kann eine Grundlage für eine bundesweit einheitliche Empfehlung an Gesundheitsämter und Schulen darstellen.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Einbeziehung der Eltern ein zentraler Aspekt ist. Impfentscheidungen bleiben primär Familiensache, und die bestehende Aufklärung gewährleistet, dass sowohl Mädchen als auch Jungen sachgerecht und geschlechtersensibel informiert werden. Aus diesem Grund hat das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen im Oktober 2025 im Elternnewsletter „Schule aktuell für Eltern“ über die HPV-Impfung informiert. Auch die FamilienApp Hessen, die allen hessischen Familien kostenlos zur Verfügung steht, informiert regelmäßig über das Thema HPV. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bestehenden Strukturen gezielt auszubauen, ohne neue bürokratische Hürden aufzubauen.
9. Der Landtag betont, dass mit „VacMap“ die Impfquoten für Hessen auf der Internetseite des Robert-Koch-Instituts jederzeit öffentlich einsehbar sind, sodass der Landesregierung bereits ein umfassendes Bild zur Inanspruchnahme von HPV-Impfungen vorliegt. VacMap ermöglicht die Umsetzung der Impfeempfehlungen zu evaluieren sowie Impflücken in einzelnen Regionen, Altersgruppen und Indikationsgruppen zu identifizieren. Der Landtag ist überzeugt, dass Hessen insgesamt bereits wirksame Instrumente zur HPV-Prävention einsetzt. Eine Ausweitung auf neue schulische Programme oder zusätzliche flächendeckende Projektstrukturen sind daher nicht erforderlich. Entscheidend bleibt somit die konsequente Nutzung und Weiterentwicklung der bestehenden Angebote, die Stärkung der ärztlichen Beratung sowie eine sachgerechte, evidenzbasierte und niedrigschwellige Aufklärung junger Menschen und ihrer Familien.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. März 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert